



Presseschau vom 13.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: US-Staatsverschuldung steigt auf historisches Rekordhoch

Die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten hat nach Angaben des US-Finanzministeriums zum ersten Mal in der Geschichte die Marke von 22 Billionen Dollar übertroffen.

Laut einer Mitteilung des Ministeriums ist die Staatsverschuldung der USA seit Anfang Februar um mehr als 90 Milliarden US-Dollar gestiegen und beläuft sich damit auf 22,012 Billionen US-Dollar (Stand 11. Februar).

Zudem sei die Staatsverschuldung in den zurückliegenden elf Monaten um mehr als eine Billion US-Dollar gewachsen.

Nach Angaben der Zeitung „USA Today“ weist die Staatsverschuldung unter Präsident Trump historische höchste Wachstumsraten auf. In vieler Hinsicht sei das auf die steigenden Rüstungsausgaben sowie auf die Steuerreform vom vergangenen Jahr zurückzuführen, die den US-Staatshaushalt rund 1,5 Billionen US-Dollar gekostet habe.

Zuvor war bekannt geworden, dass das negative US-Haushaltssaldo im Finanzjahr 2018 um 17 Prozent auf 779 Milliarden US-Dollar gestiegen war. Schätzungen zufolge soll es 2020 eine Billion US-Dollar übersteigen.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen achtmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Shelobok, Kalinowo, Losowoje,**

Logwinowo und Kalinowo-Bortschtschewatoje.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Im geopolitischen Spiel gegen Russland: Ukraine ist Marionette des Westens – Nebensja**

Der Westen interessiert sich nicht für das Wohl der ukrainischen Bevölkerung, wie der russische Botschafter bei der Uno, Wassili Nebensja, erklärte. Ihm zufolge dient Kiew als Marionette im geopolitischen Spiel gegen Russland.

Während seines Auftritts im UN-Sicherheitsrat anlässlich des 4. Jahrestages des Minsker Abkommens betonte Nebensja, dass die westlichen Länder absolut kein Interesse an „der Ukraine, ihrem Schicksal und Wohl ihrer Bürger“ hätten.

„Dieses Land ist für sie nur als Marionette in der geopolitischen Konfrontation gegen Russland interessant“, betonte Nebensja.

Er verteilte den Sitzungsteilnehmern Kopien der Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Unterstützung des Minsker Abkommens und erinnerte damit an den realen Sinn der Vereinbarungen. Die Vorwürfe der Nichteinhaltung des Abkommens gegen Moskau seien absurd, weil im Dokument „kein Wort“ über Russland stehe.

„Kiew sabotiert ‚Minsk‘ und versucht, Moskau zu zwingen, dafür zu zahlen“, sagte er.

Im April 2014 haben die ukrainischen Behörden einen Militäreinsatz gegen die selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk begonnen, die ihre Unabhängigkeit nach dem Staatstreich in der Ukraine im Februar 2014 erklärt hatten.

Die Regelung der Situation im Donbass wird unter anderem bei den Treffen der Kontaktgruppe für Friedensgespräche in Minsk erörtert. Diese hat seit 2014 mehrere Dokumente verabschiedet, die Schritte zur Deeskalation des Konfliktes und zum Waffenstillstand enthalten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32309/16/323091653.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. Februar 3:00 Uhr bis 13. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 22.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Schirokaja Balka), Jasinowataja, Wasiljewka, Krutaja Balka, Donezk (Volvo-Zentrum), Staromichajlowka, Sosnowskoje, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, geriet das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke unter Beschuss der BFU.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 214.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 264.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **OSZE weist Kiews Vorwürfe zurück: Keine russischen Soldaten im Donbass**

Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) hat die Vorwürfe des ukrainischen Botschafters bei den Vereinten Nationen über die angebliche Präsenz russischer Soldaten in der umkämpften ukrainischen Region Donbass als falsch zurückgewiesen.

Der ukrainische UN-Botschafter Wladimir Jeltschenko erklärte bei der Sitzung des UN-Sicherheitsrates, dass sich russische Soldaten und Waffen im Donbass befinden würden. Dies widerspreche dem Wunsch Russlands, die Situation im Osten der Ukraine zu regeln, kritisierte Jeltschenko.

Laut dem Chef der OSZE-Mission in der Ukraine, Ertugrul Apakan, lassen die konkreten in den Berichten der Mission enthaltenen Fakten kaum von einer Präsenz russischer Truppen im Donbass sprechen.

„Ich muss sagen, damit keine Missverständnisse entstehen, dass in diesen Berichten keine Erwähnung über die Militärs zu finden ist“, sagte Apakan.

Es habe Informationen gegeben, wonach jemand Personen in Militäruniform gesehen hat, die beteuert haben sollen, aus Russland und anderen Ländern zu kommen und Söldner zu sein. Jemand habe auch ein Transportgerät mit russischen Flaggen gesehen. Jedoch sei nicht bekannt, welcher Herkunft es sei, so der SMM-Chef. ...

Mil-Inr.info: Die Volksmiliz der LVR leistet den Einwohnern der Republik, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden, weiter Hilfe. Gemeinsam mit dem Fonds „Ich diene dem großen Russland“ haben Soldaten der Volksmiliz etwa 300 kg humanitäre Hilfe, die von Einwohnern Moskaus gesammelt wurde, an Kinder frontnaher Territorien geliefert. Schreibwaren, Kleidung und Schuhe, Kuscheltiere – das ist bei weitem nicht die ganze Liste der Geschenke, die von nicht gleichgültigen Einwohnern der RF gesammelt wurden. Der erste Teil der Lieferung wurde in ein Internat von Irmino gebracht, wo etwa 170 Kinder mit besonderen Bedürfnissen lernen.

Die Kinder schätzen die Fürsorge und Aufmerksamkeit der Freiwilligen und Soldaten hoch ein und überreichten den Gästen selbstgebastelte Andenken. Und natürlich Worte des Dankes. Der nächste Empfänger war das territoriale Zentrum für soziale Sicherheit des frontnahen Perwomajsk, wohin auch Kleider und Schuhe für Kinder aus sozial nicht geschützten Familien gebracht wurden.

Solche Aktionen von Freiwilligen aus der RF gemeinsam mit der Volksmiliz der Republik erfolgen inzwischen regelmäßig, und natürlich werden die Soldaten auch in Zukunft nicht nur die Ruhe der Bürger der LVR verteidigen, sondern sie allseitig unterstützen.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 „Energiewaffe“ Russlands? Botschafter hält US-Warnung für fragwürdig**

Der russische Botschafter Sergej Netschajew hat den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 verteidigt. Der Diplomat sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, das Projekt habe viele Vorteile für Deutschland. Gleichzeitig kritisierte er den Druck, mit dem die USA den Bau der Pipeline verhindern wollen.

Wenn alles nach Plan läuft, wird Nord Stream 2 noch in diesem Jahr fertig. Die USA wollen das Projekt kurz vor seiner Fertigstellung noch verhindern und setzen Deutschland und die deutsche Wirtschaft unter Druck. Dass die amerikanischen Warnungen vor einer russischen „Energiewaffe“ aufrichtig seien, halte er für fragwürdig, erklärte der russische Botschafter in Berlin, Sergey Netschajew, gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Für den Diplomaten strotzten die Vorbehalte der USA vor Widersprüchlichkeit:

„Es ist schwer zu glauben, dass ein Land, das die Regeln freien und fairen Handels ruiniert, seine Konkurrenten mit Einfuhrzöllen belegt, die Parole ‚Amerika First‘ auf seine Fahnen schreibt und größten europäischen Konzernen offen mit rechtswidrigen Sanktionen droht, sich nun wirklich um europäische Interessen sorgt“.

Mehrere US-Botschafter in Europa hatten in einem gemeinsamen Zeitungsbeitrag diplomatischen Druck gegen Nord Stream 2 ausgeübt. Dahinter, sagte Netschajew gegenüber dem Blatt, „sehen wir nicht die Fürsorge für Europa, sondern die Bestrebung, seine Konkurrenten zur Seite zu schieben und europäischen Verbrauchern teures LNG aus Amerika aufzudrängen“.

LNG teuer und umweltschädlich - verlässliche Partner

Bei LNG handele es sich zudem „um einen Energieträger, der nicht nur auf möglichst umweltschädliche Art und Weise abgebaut wird, sondern auch einem fairen Wettbewerb nicht standhalten kann“.

Netschajew betonte weiter, Deutschland und Russland seien Jahrzehnte lang durch eine erfolgreiche Gaskooperation miteinander verbunden. Russland habe als zuverlässiger Partner die Bundesrepublik störungsfrei mit Energieträgern beliefert. Es gebe keinen Grund anzunehmen, dass sich dies ändern würde.

Gas wichtiger Faktor bei deutscher Energiewende

Weil Deutschland künftig auf Atomkraft und Kohle verzichte, werde der Bedarf an Gas steigen. „Die Gaspipeline Nord Stream 2 stellt die kürzeste Gaslieferroute aus dem hohen Norden Russlands nach Deutschland dar“, erläuterte Netschajew in dem Artikel. „Diese Strecke ist um knapp 2000 Kilometer kürzer als der Weg durch die Ukraine. Das hat nicht nur einen maßgeblichen Einfluss auf den Endpreis für Verbraucher, sondern ermöglicht es, jegliche Transitriskiken aus der Welt zu schaffen“.

Zudem werde die Pipeline in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffen und den Energiebedarf zu „möglichst vorteilhaften marktkonformen Preisen“ decken. „Nord Stream 2 wird den Interessen einfacher Verbraucher und ebenso der deutschen Industrie entsprechen“, sagte der Botschafter. Dies seien „unstrittige Fakten“, während die amerikanischen Argumente nicht trügen.

Nord Stream 2 bedeute nicht, dass Russland bestehende Gasliefer Routen nach Europa aufgebe, insbesondere die durch die Ukraine, betonte der Diplomat.

nachmittags:

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.02.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **22-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zwölf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadier- und der 30. mechanisierten Bbrigade unter Kommando der Kriegersverbrecher Drapatyj und Garas die Gebiete von **Sajzewo, Schirokaja Balka** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen. Insgesamt wurden 21 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegersverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Staromichajlowka, Wasiljewka, Krutaja Balka** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen. Unter Beschuss der ukrainischen Kämpfer geriet wieder das Gebiet der **Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke**. Die Mitarbeiter konnten sich vor den Geschossen und Kugeln in Sicherheit bringen, deshalb gab es keine Opfer,

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmgruppe unter Kommando des Kriegersverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Sachanka, Osnowskoje und Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Im Kommando der ukrainischen bewaffneten Formationen ist eine personelle Umbesetzung festzustellen. Najew meinte, dass der Kommandeur der 93. Brigade Klotschkow an seinem Posten klebt. Alle Aufgaben, die der Kommandeur der Besatzungskräfte dem Brigadekommandeur seit der Ankunft in der Kampfzone stellte, sind gescheitert. Es handelt sich sowohl darum, dass technische Kräfte auf Minen gerieten, als sie einen Durchgang durch Minensperren einrichteten, als auch einen Beschuss von Kämpfern der 93. Brigade auf ihre Spezialkräfte. Der letzte Tropfen, der das Fass der Geduld Najews zum Überlaufen brachte, war das Scheitern einer Aufgabe, die direkt aus Kiew kam – Poroschenko bei den Wahlen seinen Sieg zu sichern. Ich erinnere daran, dass nach uns vorliegenden Informationen die Agitation für den derzeitigen Präsidenten unter den Untergebenen Klotschkows unzureichend effektiv durchgeführt wird und die Soldaten die von ihm betriebene Politik offen kritisieren.

Klotschkow einfach zu entlassen ist nicht gelungen, für ihn sind Freunde aus dem Generalstab und Freiwillige, mit denen er eine gegenseitig nützliche Zusammenarbeit in illegalen Geschäften hatte, eingetreten. Deshalb wurde der unliebsame Brigadekommandeur nach bestehender Tradition befördert, weiter vom Personal weg. Für den Posten des Kommandeurs der 93. Brigade wurde ein anderer Kriegersverbrecher, Oberstleutnant Bryshinskij, ernannt.

Das Kommando der ukrainischen Besatzungskräfte setzt seine Beteiligung an der Agitationskampagne für Poroschenko fort. Die Bevölkerung der Ukraine wird gewaltsam der Gedanke eingetrichtert, dass sich die ukrainischen bewaffneten Formationen angeblich in eine Armee verwandelt haben und all das dank des Präsidenten. Weil es mit realen Siegen gelinde gesagt ein Problem gibt, müssen sie erdacht werden.

Die hohlen Erzählungen Mushenkos und Najews, dass die ukrainischen Kämpfer angeblich überzeugend konsequent vordringen, glaubt auch schon keiner mehr. Im Zusammenhang damit wurde die Entscheidung getroffen, regelmäßig in offizielle Ressourcen und über einzelne Blogger Archivvideos einzustellen, die angebliche Erfolg der BFU zeigen. Ein Teil dieser Materialien sind Videos über erfolgreiche Aktivitäten der Miliz gegen die ukrainischen Kämpfer im Zeitraum 2014-2015.

de.sputniknews.com: **Neue Sanktionen gegen Russland im Visier? Lawrow über Unselbständigkeit der EU**

Russlands Außenminister hat den jüngsten Beitrag der Zeitung „Financial Times“ kommentiert, wonach die USA und die EU nahe daran sind, wegen des Vorfalles in der Straße von Kertsch neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Zuvor hatte die Zeitung „Financial Times“ unter Berufung auf Quellen berichtet, dass die Vereinigten Staaten und die EU nahe daran seien, die neuen Einschränkungen gegen Russland als Antwort auf den Zwischenfall in der Straße von Kertsch einzuführen. Diese Frage soll nächsten Montag bei dem Treffen der EU-Außenminister behandelt werden. Die neuen Einschränkungen könnten Ende März in Kraft treten. Betreffen werden diese natürliche und juristische Personen, die mit dem November-Vorfall in der Straße von Kertsch in Zusammenhang standen.

„Wir haben bereits seit langem gesagt, dass wir mit niemandem die Sanktionen besprechen. Wir wollen unsere Wirtschaft, den Handel mit normalen ausländischen Partnern so aufbauen, um nicht von jemandes Launen abhängig zu sein“, so Lawrow während der Pressekonferenz nach dem Treffen mit seinem lesothischen Amtskollegen Lesego Makgothi.

In diesem Fall gehe es um Launen von jenen, „die ihr Wort nicht gehalten, den Staatsstreich in Kiew zugelassen und die Opposition nicht gezwungen haben, die Verpflichtungen mit dem Staatschef (Wiktor) Janukowitsch zu erfüllen.“

Mit den geplanten Sanktionen bescheinigen die Europäer Lawrow zufolge „erneut ihre völlige Unfähigkeit, (den ukrainischen Präsidenten Petro) Poroschenko zur Erfüllung der Minsker Abkommen zu zwingen“. Da die europäischen Länder „ihre Kunden“ nicht mehr verwalten könnten, musste man etwas machen – diesmal „ein neues Sanktionspaket“.

„Wir wissen aber auch, dass diese Sanktionen unter starkem Druck der USA genehmigt werden, was einmal mehr für die Unselbständigkeit der EU spricht. Es ist traurig“, erläuterte Lawrow.

„Wir sind für einen Dialog offen, aber wir werden davon ausgehen, dass wir nicht von Menschen abhängen dürfen, die so, darunter auch bei ihren Verpflichtungen bezüglich der Regelung der Ukraine-Krise im Februar 2014, handeln.“ ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32255/81/322558198.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **achtmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.**

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Kriegsverbrechers Garas, wurden die Gebiete von **Logwinowo, Losowoje** und **Kalinowo** mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgssturmgrade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Shelobok** mit einem 82mm-Mörser beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Kalinowo** und **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 60 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Wir stellen **systematischen provokativen Beschuss** von Seiten der Strafeinheiten der ukrainischen Streitkräfte **auf Ortschaften und die Gebiete von Kontroll- und Passierpunkten** unter Verwendung großkalibriger und Scharfschützenschusswaffen aus NATO-Ländern fest. Diese Handlungen gefährden das Leben völlig unschuldiger friedlicher Einwohner. Dieser Schluss wurde bei der Untersuchung von Kugeln, die aus Baumkronen, Brustwehren und Abdeckungen von Unterständen geholt wurden, sowie beim kürzlichen Beschuss einer Schule in Solotoje-5 gefunden wurden, gezogen. Die Beschießungen erfolgten mit einem großkalibrigen Scharfschützengewehr der Firma Barrett M82 und der Marke Desert Tech, hergestellt in den USA, Kaliber der Munition 12,7 und 9,5 mm. Die Lieferung ausländischer Gewehre und Patronen eines solchen Kalibers erfolgte bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 aus Kanada an die ukrainischen Streitkräfte.

Die ukrainischen Streitkräfte unterlassen die **Aufklärung mit Drohnen entlang der gesamten Kontaktlinie** nicht, was von den Minsker Vereinbarungen verboten ist. Nach Informationen von unseren Quellen in der 30. mechanisierten Brigade hat das Kommando die Anweisung gegeben, Luftaufklärung in den Gebieten von Troizkoje und Swetlodarsk in der Nähe der Kontaktlinie durchzuführen, was von den ukrainischen Verbrechern traditionsgemäß für provokative Beschüsse mit Artilleriesystemen und Mörsern genutzt wird.

Außer der Luftaufklärung führen die Kämpfer der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Luganskoje Maßnahmen zur Einrichtung zusätzlicher Minensperren durch, was eine Gefahr für das Leben ziviler Einwohner schafft, weil solche Abschnitte nicht einmal mit Warnschildern „Achtung Minen“ versehen werden. Wir lenken die Aufmerksamkeit der OSZE-Mission auf diese Fälle.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte fällt das Niveau der militärischen Disziplin weiter ab, in der Folge ist eine Zunahme der Fälle nicht kampfbedingter Verluste unter den Kämpfer festzustellen.

Wir haben Informationen über einen weiteren nicht kampfbedingten Verlust der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Popasnaja erhalten. Es ist bekannt, dass der Soldat der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Schapowalow mit einem Schuss in den Kopf Selbstmord beging, während er sich auf einem Beobachtungsposten befand. Außerdem starb in einer Einheit derselben Brigade der Soldat Petrenko als er Sicherheitsanforderungen bei der Arbeit im Raketenartilleriewaffenlager missachtete folge der Detonation eines Geschosses, der Unterfeldwebel Borowoj wurde schwer verletzt.

Wir sind mit völliger Überzeugung bereit zu erklären, dass das Pressezentrum des Stabs der OOS in offiziellen Berichten wieder eine grandiose Aggression von unserer Seite ausrufen wird, in deren Ergebnis die sogenannten „Verteidiger der unabhängigen Ukraine“ starben.

Wir unsererseits erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Bereitschaft zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik In den Einheiten der Volksmiliz der LVR finden weiter Wettbewerbe zwischen den Soldaten um den Rang der besten Einheit statt.

Ich erkläre ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen streng

einhält. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts.

Frage: Am Dienstag, dem 12. Februar, hat der Innenminister der Ukraine Arsen Awakow im Friedensinstitut in den USA (Washington) ein Programm zur Deokkupation des Donbass vorgestellt, in dem er außer allem Übrigen vorschlägt, eine demilitarisierte Zone an der Kontaktlinie zu schaffen, deren Kontrolle Friedenstruppen übernehmen sollen. Wie realistisch ist eine solche Entwicklung der Ereignisse von militärischen Gesichtspunkt aus.

Antwort: Vor allem möchte ich anmerken, dass es keine Alternativen zu den Minsker Vereinbarungen gibt. Welche Pläne die ukrainische militärisch-politische Führung auch vorschlägt, vor allem müssen die übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden. Vom militärischen Gesichtspunkt aus ist ein solcher Plan nicht möglich. Es bedeutet eine planmäßige Säuberung unserer Städte und Bezirke von Kiew missliebigen Menschen. Für uns gibt es keine Grundlage, Kiew oder seinen Kuratoren zu vertrauen, und sobald wir unsere Positionen verlassen, werden die ukrainischen Streitkräfte sie sofort unter irgendwelchen Vorwänden einnehmen. Awakow und seine Kuratoren erörtern juristische Aspekte zur Rechtfertigung eines Plans zur Vernichtung der Bevölkerung des Donbass.

de.sputniknews.com: **Trotz Sanktionen: Darum importieren EU, Ukraine und USA wieder mehr aus Russland**

Nach Angaben des russischen Zollamtes ist der Handelsumsatz mit Ländern, die die Russland-Sanktionen befürworten, deutlich gewachsen. Westliche Analysten räumen ein, dass Washington und seine Verbündeten bei den Versuchen, Russland bei seinem Außenhandel Steine in den Weg zu legen, gescheitert sind.

Sanktionen als Hilfe

Analysten stellen fest, dass die Sanktionen Moskau geholfen haben, seinen Außenhandel auszubauen. Nach Angaben des Föderalen Zolldienstes sind im vorigen Jahr sowohl der Handelsumsatz als auch der positive Saldo gewachsen (um jeweils 17 und 62 Prozent). Besonders positiv entwickelt sich der Handel mit den Ländern, die von den USA dem Sanktionsdruck ausgesetzt worden sind. So ist der Umsatz mit der Türkei um 15 Prozent gewachsen, der Import aus dem Iran hat um knapp 36 Prozent zugelegt (der Export in die Islamische Republik ging um acht Prozent zurück, und deshalb ist der Umsatz im Allgemeinen nur unwesentlich größer geworden). Mit Kuba, dessen Beziehungen mit der Trump-Administration von Tag zu Tag schlimmer werden, legte Russlands Handel binnen eines Jahres um ein Drittel zu.

Besonders beeindruckend ist die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit China: ein Handelswachstum um 30 Prozent (nach 21 Prozent 2017). „Russland hat einen positiven Saldo mit China in Höhe von 11,1 Milliarden Dollar“, stellte der US-amerikanische Analyst Tom Luongo fest. „Vielleicht müsste Donald Trump Putin fragen, wie ihm das gelingt?“ In Wahrheit ist die Antwort offensichtlich: Die von Washington entfesselten Handels- und Sanktionskriege gegen die meisten Länder der Welt zwingen sie quasi zur Entwicklung des gegenseitigen Handels. Und vor allem geht es um den Handel mit Russland, einem der größten Rohstofflieferanten weltweit.

Auf Öl, Gas und Kohle entfallen mehr als 60 Prozent des russischen Exports. Es gibt aber wichtige Nuancen: Der Rohstoffverkauf ins Ausland wuchs im vergangenen Jahr nur um drei Prozent, denn Russland konnte als Teilnehmer des so genannten „OPEC+“-Abkommens seine Ölförderung nicht wesentlich aufstocken.

„Man kann sagen, dass der Zuwachs eher gering ist: Knapp 500.000 Barrel pro Tag, aber die einfachste Arithmetik gibt uns eine andere Vorstellung“, so Experte Luongo. „Da Erdöl im Durchschnitt 60 Dollar pro Barrel kostet, müssen wir 500.000 Barrel mit 60 und dann noch mit 30 (Tagen) multiplizieren – also wächst der Exporterlös um fast eine Milliarde Dollar monatlich.“

Der Gasexport ist nur etwas mehr gewachsen: um 3,7 Prozent (um 27 Prozent im Geldausdruck). Er ist aber jedenfalls durch die Kapazitäten der funktionierenden Pipelines beschränkt. Also ließe sich ein richtiger Durchbruch auf diesem Gebiet erst im kommenden Jahr erwarten, wenn die Leitungen „Kraft Sibiriens“, „Nord Stream 2“ und „Turkish Stream“ in Betrieb genommen werden. Dafür hat der LNG-Export um 50 Prozent (um 67 Prozent im Geldausdruck) zugelegt.

Allerdings habe Russlands Handelsbilanz seit November „einen Rekordstand erreicht“, so Tom Luongo weiter. Aktuell liegen sie bei etwa fünf Milliarden Dollar, „und das kann nicht nur aus dem Öl- und Gasexport resultieren“.

Eine wichtige Rolle spielte ein weiterer Energieträger, nämlich die Steinkohle: plus neun Prozent in Tonnen und plus 26 Prozent im Geldausdruck. Hinzu kommt der Export von Agrarprodukten, vor allem der Weizenexport (Wachstum um 33 Prozent in Tonnen und um 45,5 Prozent im Geldausdruck).

Russlands weitere wichtige Exportartikel sind und bleiben Chemikalien, Düngemittel und Holz – und sogar Personenfahrzeuge (Exportwachstum um zehn Prozent).

Schmerzende Abhängigkeit

Besonders auffallend ist, dass Russlands Handelsumsatz nicht zuletzt mit Ländern zugelegt hat, die die antirussischen Restriktionen unterstützen. Mit den USA erreichte der Zuwachs acht Prozent (auf 25 Milliarden Dollar). Der Export wuchs dabei um 17,8 Prozent, der Import um nur 0,5 Prozent.

Dabei hat der Zolldienst vorerst keine Angaben zur Exportstruktur veröffentlicht. Vermutlich lässt sich der Exportzuwachs über den Großen Teich auf LNG-Lieferungen zurückführen.

Laut dem russischen Außenministerium hatten die Amerikaner mindestens vier Tankschiffe mit Flüssiggas von der Jamal-Halbinsel gekauft, um die anomale Kälte zu überstehen.

Mit der Europäischen Union ist Russlands Handelsumsatz um 19,3 Prozent gewachsen – auf knapp 295 Milliarden Dollar. Dabei legte sein Export um 28,3 Prozent auf 205 Milliarden Dollar zu, während der Import lediglich um 2,7 Prozent anstieg und mehr als 89 Milliarden Dollar betrug.

Trotz des ständigen Geredes von der Senkung der Abhängigkeit von Russland im Energiebereich kaufen die Europäer immer mehr Öl- bzw. Ölprodukte, Erdgas und Kohle in Russland. Vor allem gilt das für Moskaus größte Kritiker wie Polen und die Niederlande. Aber der absolute „Spitzenreiter“ ist die Ukraine, deren Handelsumsatz mit dem „Aggressor“ um 16,6 Prozent auf 15 Milliarden Dollar gewachsen ist, darunter der Import um 20 Prozent auf 9,5 Milliarden Dollar. Hinzu kommt der russische Brennstoff, den Kiew in Weißrussland kauft, was der Minister für „provisorisch okkupierte Territorien“, Georgi Tuka, im Januar einräumte.

„Wir haben kein Öl – ist das etwa ein Militärgesamnis? Nein. Wir müssen es kaufen, und zwar viel. Den Brennstoff, den das ganze Land braucht, kaufen wir in Weißrussland, das ihn natürlich aus russischem Öl produziert – aber das ist nützlich für uns“, sagte der Beamte in einem Interview für den Fernsehsender „112 Ukraina“.

Gleichzeitig verwies er darauf, dass es für Kiew aus wirtschaftlicher Sicht absolut ungünstig sei, Öl aus Europa zu importieren. „Die Alternative wäre für uns, europäisches Öl zu kaufen. Aber den Preis für den europäischen Brennstoff können wir nicht verkraften“, resümierte Tuka.

„Russland ist und bleibt ein wichtiger Handelspartner der Ukraine, wobei unser Land von Russland in vielen Hinsichten abhängt“, stellte das Mitglied der Nationalen Akademie der Agrarwissenschaften der Ukraine, Pawel Gaiduzki, fest.

Nach seinen Worten kaufte die Ukraine in Russland im vorigen Jahr Erz, Öl und Ölprodukte. Noch kauft Kiew bei dem „Aggressor“ Schwarzmetalle bzw. Erzeugnisse daraus, Glas bzw. Glasprodukte, Kautschuk, diverse Arten von Plastik, Düngemittel, Salz, Schwefel usw.

„Die Hälfte des Imports aus Russland entfällt auf Mineralprodukte, außerdem 22 Prozent auf

Chemikalien“, führte das Akademiemitglied an. „Russland ist und bleibt der wichtigste Lieferant von Energieressourcen für die Ukraine: Sein Anteil an der Lieferung von Ölprodukten liegt bei 37 Prozent, an den Kohlelieferungen bei 66 Prozent.“

Während Kiew bereits Ende 2015 auf russisches Erdgas verzichtet hatte, wird es hinsichtlich anderer Energieträger noch jahrelang auf Moskau angewiesen bleiben. „Die ukrainischen Häfen sind einfach nicht in der Lage, so viel Kohle zu empfangen, die für die normale Arbeit unserer Industrie nötig ist“, erläuterte Gaiduzki. „Aber der Hauptgrund ist, dass die beste und auch günstigste Kohle – Anthrazit – in Russland hergestellt wird, und das ist ein gewichtiges Argument.“

Eine weitere russische Ware, die für die Ukraine lebenswichtig ist, ist der Kernbrennstoff. Kiew hatte noch in den 1990er-Jahren verkündet, dass seine Kernkraftwerke lieber mit dem Brennstoff des amerikanisch-japanischen Konzerns Westinghouse betrieben werden sollten. Aber vorerst wurden nur sechs der insgesamt 16 Meiler entsprechend umgebaut.

Deshalb hat der ukrainische Konzern „Energoatom“ 2018 seinen Vertrag mit dem russischen Kernbrennstoffkreislauf-Unternehmen TVEL wieder verlängert – vorerst bis 2025. „Leider werden wir noch mindestens fünf Jahre – oder noch länger – von TVEL abhängen“, konstatierte der Direktor für Sonderprojekte des ukrainischen Forschungszentrums „Psichea“, Gennadi Rjabszew.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32394/42/323944215.jpg>

Dnr-online.ru: In der Republik wird eine „Judas-Medaille“ für den ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko geschaffen werden, die aus Splittern von Geschossen hergestellt wird, die von ukrainischen Truppen auf das Territorium der DVR geschossen wurden. Dies teilte heute der Leiter des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow mit.

„Buchstäblich vor wenigen Tagen haben unsere Aktivisten Einwohner von frontnahen Gebieten besucht, mit ihnen gesprochen, Hilfe gebracht. Wir alle wissen, dass das Leben in der Nähe der Frontlinie kein Zuckerschlecken ist. Die Menschen überleben dort jeden Tag, sie sind den Beschuss, die Geräusche explodierender Geschosse und den ständigen Aufenthalt im Keller leid. Während der Unterhaltung haben Bürger vorgeschlagen, aus Geschosssplittern, die jeden Tag zu ihnen geflogen kommen, eine Medaille für Pjotr Poroschenko zu machen. Den Schmerz in sie zu legen, die Leiden, die das Los unseres Volkes sind.

Die gesellschaftliche Bewegung DR unterstützt natürlich diese Initiative und startet eine Aktion, deren Ziel es ist, eine Medaille zu erstellen und sie dem Adressaten zu übergeben. Poroschenko kandidiert für eine zweite Amtszeit, wir möchten ihn genau mit einer solchen

Aktion unterstützen, damit er stolz ist und weiß, dass die Einwohner der Republik seine „Errungenschaften“ nicht vergessen, sie sehen und spüren sie jeden Tag“, sagte Muratow. Splitter werden in den Bürgerbüros von DR angenommen.

de.sputniknews.com: **Alles beim Alten: Auch der „neue“ Wirtschaftskurs der USA bringt nichts als Gewalt**

Swesda

Als es um den Irak, um Libyen und Syrien ging, ahnte man es. Jetzt, da es um Venezuela geht, wird die Vorahnung bestätigt: parallel zum Spiel um Finanzen läuft ein Spiel um Energie, schreibt Finanzexperte Leonid Krutakow von der Finanzuniversität bei der russischen Regierung im Gastbeitrag für das Portal „Swesda“.

Zwei Grundsätze waren es, auf denen Präsident Roosevelt in den Dreißigerjahren des vergangenen Jahrhunderts den New Deal aufbaute, um die Vereinigten Staaten aus der Großen Depression zu führen. Staatliche Kontrolle über die Verschiebung von Bankkapital war der eine Grundsatz. Der andere: strenge Regulierung des Energiemarkts. Das erste Prinzip galt nur für die Spielregeln in den USA, das zweite griff weltweit.

Später werden die beiden Grundsätze zum Fundament des Bretton-Woods-Systems – nehmen die Weltmärkte in Geiselschaft des Dollars. Eine einheitliche Finanzpyramide erfordert ein einheitliches Machtzentrum mit einer einheitlichen Rechtsordnung und einem einheitlichen Strafvollzugssystem. Das ist ein Axiom, das es einfach anzunehmen gilt.

Dieses Axiom ist die Grundlage auch für die heutige Krise. Heute führt jeder Versuch, die Dominanz der Vereinigten Staaten auf den Finanz- oder Energiemärkten zu lockern, unweigerlich zur Destabilisierung der Weltwirtschaft. Das globale Finanzsystem ist zwar homogen, aber politische Ziele gehen weit auseinander.

Solange China und Russland im Kielwasser der Vereinigten Staaten fuhren, wuchs die Weltwirtschaft brav. Seitdem Peking und Moskau beschlossen haben, ihre eigenen Wege zu gehen, gibt es Probleme: Die angelsächsische Finanzmaschinerie ist an soziokulturelle Grenzen gestoßen.

Es ist wichtig einzusehen: Eine Umverteilung der Kräfte zugunsten neuer Machtzentren zieht unweigerlich eine Umverteilung des globalen Wirtschaftswachstums nach sich. Nicht die Wirtschaft bestimmt die Führerschaft eines politischen Systems, sondern exakt umgekehrt.

Was das heißt? Das heißt, die Vereinigten Staaten haben keine Wahl.

Da ihr finanzwirtschaftlicher Weltentwurf mit dem politischen nicht kompatibel ist, stehen die USA vor der Wahl: entweder auf Chinas und Russlands Vorstellungen eingehen oder die eigenen Versprechen aushöhlen, die einst in Form von Dollarscheinen gegeben wurden. Heute kann man mit Gewissheit sagen, dass die Krise von 2008 und die seitdem andauernde Rezession keine zyklische, sondern eine handgemachte war.

Das zum Zeitpunkt der Krise bestehende Weltwirtschaftsmodell (die internationale Arbeitsteilung) hatten die USA mit politischen Mitteln und eigenen Händen geschaffen. Sie sind es auch, die es aus dem Gleichgewicht gebracht haben. Insofern war die massive Geldemission, die die Federal Reserve 2008 gestartet hat, keine Reaktion auf die Krise, sondern ein Präventivschlag gegen die Absichten Chinas und Russlands.

Laut dem Rechnungshof der Vereinigten Staaten erreichte die bilanzexterne Emission der Federal Reserve einen Umfang von 14 Billionen Dollar. Das ist – zum Vergleich – doppelt so viel wie die gesamten Bargeldbestände des letzten Jahrhunderts.

Ausgegeben wurde dieses ganze „neue Geld“ dafür, von den „neureichen“ Chinesen, Russen, Arabern und Indern, die sich in die Kapitalstrukturen transnationaler Konzerne eingekauft hatten, ihre Konzernanteile zurückzukaufen. In die Realwirtschaft flossen die Billionen nicht. Sanktionen und Handelskriege haben die Investitionszone weiter eingeengt.

Der Motor der Weltwirtschaft ist nun aus. Das gegenwärtige Wachstum der Fondsmärkte gibt die reale Wirtschaftstätigkeit nicht wieder, es simuliert sie nur: Lediglich 2 von 100 Dollar,

die eine Landesgrenze überschreiten, sind echten Handelsgeschäften zuzuordnen. Das grün bedruckte Papier hängt in Bankbilanzen fest und erzeugt das Phänomen negativer Einlagezinsen (die Minussalden der Zukunft), die weltweit die Ersparnisse und Währungsreserven aufzehren. Damit das Papier wieder zu arbeiten beginnt, müssen entweder die Finanz- (also die Politik-) regeln geändert oder China und Russland bezwungen werden. Was aber zuallererst bezwungen werden muss, sind die Energiemärkte – um die Dollarpyramide mit den weltweiten Ölreserven aufzupumpen. Was die Weltwirtschaft verschrieben bekommt, ist dieselbe Arznei, die Präsident Roosevelt einst der Wirtschaft seines Landes verordnete: strenge Kontrolle über die Finanz- und Energiewirtschaft. Es war schließlich Erdöl, das einst die Grundlage für den Welthandel gelegt hat. Am Handel mit Erdöl wurden Regeln erarbeitet. Erdöl wurde zur ersten realwirtschaftlichen Ausfallversicherung für Kredite.

Der Kampf zweier Ölförderzentren um die Vorherrschaft im Welthandel hat für lange Zeit alle politischen Kollisionen, Krisen und Kriege auf dem Planeten vorausbestimmt. Angefangen beim russisch-türkischen Krieg, der den Hafen von Batumi und die Donau-Mündung für die Lieferung von russischem Öl nach Europa freilegte, über den russisch-japanischen Krieg, der für die russischen Kerosin-Lieferungen nach Asien über die Transsib das Aus bedeutete, bis hin zum Ersten und Zweiten Weltkrieg. Irak, Libyen, Syrien und Venezuela sind nur die Fortsetzung dieses großen Spiels.

Die stärkste Kraft bei der Verteilung der Ölrendite war lange Zeit das Kartell der Sieben Schwestern: sieben Ölkonzerne – fünf amerikanische, ein britischer und ein britisch-niederländischer. Das Kartell kontrollierte 85 Prozent des globalen Ölmarkts. Bis zu den Jahren 1971-73.

Der arabisch-israelische Jom-Kippur-Krieg und das darauffolgende Ölembargo gilt allenthalben als Ursache für den damaligen Ölpreisschock. Die wirkliche Ursache war jedoch der Verzicht der Vereinigten Staaten auf den Goldstandard, der den gesamten Welthandel aus den Angeln gehoben hatte.

Die von den Ölscheichs angesammelten Dollarreserven verwandelten sich im Handumdrehen in grün bedrucktes Papier. Die ölexportierenden Länder ließen sich auf das Husarenstück ein und sicherten den Dollar im Gegenzug für die Ölpreiserhöhung mit schwarzem Gold ab. Sonst wäre ihr Vermögen entwertet.

Infolge des sechsfachen Preisanstiegs auf das schwarze Gold erlitten erdölimportierende Länder Europas und Asiens enorme Verluste, während der Exxon-Konzern aus den USA, der die gesamte Förderung in Saudi-Arabien kontrollierte, ein Gewinnwachstum von 60 Prozent verzeichnete.

Ein Ergebnis des Ölpreisschocks war die Auflösung des Kartells: die Verteilung der Ölrendite sollte nicht länger über die Preispolitik der Sieben Schwestern erfolgen, sondern über die Börse, wo mit Futures – dem „Papier-Öl“ – gehandelt wird. Die New Yorker Warenbörse wurde mit der Wertpapierbörse zusammengelegt, das Ruder der Weltwirtschaft übernahmen von den Ölmultis die Börsenspekulanten, auch Investmentbanken genannt.

Kommt eine Finanzpyramide ins Wanken, reicht die Kontrolle über eine Schlüsselressource nicht länger aus. Nahezu zeitgleich mit dem Beginn des Irak-Kriegs (rund 10 Prozent der weltweiten Ölreserven) verkündeten die USA ihre neue außenpolitische Doktrin: die Stabilität wurde zugunsten der Demokratisierung aufgegeben.

Die Ergebnisse haben alle vor Augen: Auf den ersten Blick könnte es so aussehen, als hätte das Chaos im Nahen Osten und in Venezuela (18 Prozent der weltweiten Ölreserven) für die USA keine Vorteile. Aber eben nur auf den ersten Blick...

Kürzlich hat Präsident Trump erklärt, er werde innerhalb von zwei Amtszeiten alle Außenschulden der Vereinigten Staaten (21 Billionen Dollar) bezahlen. Dafür müssen die Einnahmen der USA schnell ein Wachstumstempo erreichen, das durch Produktivitätssteigerungen nicht zu erzielen ist.

Heißt das, man kann wiederum eine Erklärung von Trump in die Tonne werfen? Die Vergangenheit des Energiemarkts lehrt uns jedenfalls das Gegenteil. 1973 konnte die Dollarpyramide durch den Börsenhandel mit Öl aufgepumpt werden. Später, 1986, führte der Ölpreissturz zum Anstieg der Schuldenlast und dem Zusammenbruch der UdSSR. Die anschließende Privatisierung des sowjetischen Volkseigentums in den Neunzigerjahren sog die überschüssige Dollar-Liquidität (die Staatsschulden der USA) wie ein Staubsauger auf und verwandelte sie in Investitionen. Wenn Trump davon spricht, er werde die Außenschulden tilgen, dann geht es also nicht um das Abbezahlen von Krediten. Es geht dann darum, den Dollar als die wichtigste Umrechnungseinheit in der Weltwirtschaft zu behaupten. Die Dollar-Blase muss schnellstens mit echten Aktiva gefüllt werden. Letztlich stellen Flugzeugträger sicher, dass die USA weiterhin Schuldscheine ausstellen können, die der Rest der Welt begleicht. Aber ohne realwirtschaftliche Werte bringt das Geld keinen Ertrag. Am schnellsten und am einfachsten ist der riesige Berg von Verpflichtungen, die die USA in letzter Zeit ausgegeben haben, dadurch aufzuwerten, dass man Öl- und Gasreserven in die eigene Bilanz aufnimmt. Das aber heißt, dass heute nicht die Börsen das Schicksal der Weltwirtschaft bestimmen, sondern die Schlachtfelder rund um den Globus.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32383/23/323832385.jpg>

Dnr-online.ru: „Wir haben ein großes Problem mit medizinischen Kadern. Zum Beispiel gibt es in Gorlowka das Stadtkrankenhaus Nr. 2, in dem es eine Dialyse-Abteilung gibt. Sie haben dort derzeit 16 Dialyse-Plätze, das sind 32 Patienten am Tag, vor kurzem wurde entschieden, vier weitere Plätze einzurichten. Aber das Hauptproblem liegt darin, dass ein Arzt alle diese Plätze betreut. Und wir sind gezwungen so zu arbeiten, weil wir Hilfe leisten müssen. Das Problem mit den medizinischen Kadern ist sehr ernst“, stellte die Gesundheitsministerin der DVR Olga Dolgoschapko mit.

Besonders ernst ist das Problem mit dem Kadermangel in abgelegenen Gebieten.

„Das Defizit an medizinischen Kadern in der Republik beträgt mehr als 5000 Ärzte. Was das mittlere medizinische Personal betrifft, so fehlen mehr als 7500. Derzeit nähert sich der nächste Abschlussjahrgang an der medizinischen Universität dem Ende, aber das sind insgesamt 158 Allgemeinmediziner, 44 Kinderärzte. In einigen Bezirken verschlechtert sich die Situation noch durch den dauernden Beschuss. Außerdem gibt es dort keinen Wohnraum für junge Spezialisten“, sagte die Ministerin.

Sie berichtete auch, dass zurzeit die Suche nach Wohnmöglichkeiten für junge Spezialisten läuft, die Möglichkeit einer Lohnerhöhung wird geprüft.

de.sputniknews.com: **Pentagon setzt auf Innovationen bei Nuklearsprengköpfen – Defense News**

Das US-Verteidigungsministerium zeigt sich darüber besorgt, dass die USA bei der Modernisierung der Nuklearsprengköpfe mit den potentiellen Gegnern nicht Schritt halten werden. Daher hat ein Pentagon-Sprecher zur Vereinigung der Bemühungen von US-Behörden aufgerufen. Dies berichtete die Webseite Defense News.

Demnach forderte Peter Fanta, ein ranghoher und für Nuklearwaffenfragen zuständiger Pentagon-Beamter, das Verteidigungs- sowie das Energieministerium auf, gemeinsam Fachkenntnisse und Produktionsmöglichkeiten zur Herstellung modernisierter manövrierfähiger Sprengköpfe zu entwickeln.

Laut Fanta sollte die Zukunft des nuklearen Arsenal auf Grundlage von Innovationen in den Sprengköpfen aufgebaut werden, und nicht auf der traditionellen Ausrichtung des Pentagons auf Trägersysteme.

Schließlich würden potenzielle Gegner ihre Verteidigungsfähigkeiten mit Technologien wie künstlicher Intelligenz modernisieren, und dies auf eine Weise, die noch vor zehn Jahren als Science-Fiction wahrgenommen worden wäre, so der Pentagon-Sprecher. Es sei unmöglich, vorherzusagen, was für ein Arsenal die Gegner bis zum Jahr 2040, geschweige denn bis 2092 haben würden, resümierte Fanta.

Die derzeitigen Pläne zur Modernisierung der Nuklearsprengköpfe sollten den Bedarf bis zum Jahr 2092 decken, so die Webseite. Allerdings müssten Updates vorhanden sein, die die Integration neuer Technologien ermöglichen, damit diese Systeme so lange funktionsfähig bleiben würden.

Dnr-online.ru: Es nähert sich der vierte Jahrestag der Uglegorsk-Debalzewo-Angriffsoperation, die nicht nur für die Streitkräfte, sondern für die ganze Republik von Bedeutung ist. Im Vorfeld dieses Datums hat sich der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR, Oberst Alexandr Kurtschenkow, der unmittelbar an den Ereignissen beteiligt war, mit einem Korrespondenten der offiziellen Seite der DVR getroffen. In dem Interview unterstrich er die Bedeutung der Truppenoperation, zog eine militärisch-politische Bilanz über die Befreiung von Uglegorsk und Debalzewo.

„Die Uglegorsk-Debalzewo-Operation ist einer der wichtigen Operationen unserer Streitkräfte hinsichtlich des Ausmaßes sowie der Heranziehung von Kräften und Mitteln. Uns wurden deutliche Ziele und Aufgaben gesetzt: die Truppen des Gegners von Gorlowka abzudrängen, Uglegorsk und den strategischen Eisenbahnknotenpunkt Debalzewo so zu befreien, dass wir uns mit der Volksmiliz der LVR vereinen und beide Republiken durch Eisenbahn- und andere Verbindungen verbinden, die Frontlinie ausgleichen. Und wir haben diese Aufgaben vollständig erfüllt“, sagte Alexandr Kurenkow.

Außerdem beschrieb Oberst Kurenkow die schwere Niederlage der ukrainischen Truppen, ihre moralischen Folgen und zog eine Bilanz der Kämpfe. „Das wichtigste Ergebnis der Debalzewo-Operation ist, dass wir unser Territorium befreit haben, das wir unsere Menschen befreit haben. Heute, nach dem Ablauf einiger Zeit, sagen die Menschen in Uglegorsk: „Wir haben eine echte Hölle durchlebt!“, fügte Alexandr Kurenkow hinzu.

de.sputniknews.com: **„Atmosphäre von Angst“: Experte über Norwegens Vorwürfe an Russlands Luftwaffe**

Der norwegische Nachrichtendienst wirft Russland vor, einen Luftangriff auf eine Radarstellung im Norden Norwegens simuliert zu haben. Ein Militärexperte erklärt im Sputnik-Gespräch, warum die Vorwürfe ausgerechnet jetzt kommen und wer davon profitiert. Russische Jagdbomber haben einen Angriff auf eine Radarstellung im Norden Norwegens

simuliert. Das sagte der Chef des Norwegischen Nachrichtendienstes, Morten Haga Lunde, bei seinem jährlichen Bericht vor Militärs in Oslo.

„Es ist bedauerlich, aber jetzt stimmt auch Norwegen in die russlandfeindliche Hysterie der USA und Großbritanniens mit ein“, sagte Militärexperte und Fachjournalist Igor Korottschenko im Sputnik-Gespräch. Norwegens Vorwürfe seien absolut haltlos. „Russland ist zu jeder Maßnahme bereit, die das Risiko einer Militärkonfrontation verringern und das Vertrauen stärken würde. Wer dazu nicht bereit ist, ist die Nato.“

Vor zwei Jahren etwa habe Russland dem Nato-Generalsekretär vorgeschlagen, sich darauf zu einigen, dass Militärflugzeuge beider Seiten bei Flügen über der Ostsee spezielle Transponder einschalten, um Zwischenfälle zu vermeiden. „Das war gedacht als erster Schritt hin zu mehr Transparenz und Vertrauen.“ Eine Antwort von der Nato bleibe aber bis heute aus.

Dass der norwegische Nachrichtendienstchef die Vorwürfe gegen Russland ausgerechnet jetzt vorträgt, hat laut dem Experten einen klaren Grund: Das Spitzentreffen im Brüsseler Nato-Hauptquartier. Die Vorwürfe seien mit dem Treffen „zeitlich synchronisiert“ worden. „Die Nato diskutiert über weiteres Vorgehen nach dem Ende des INF-Vertrags. Offensichtlich soll die Idee vermittelt werden, Mittelstreckenwaffen aus den USA in Europa zu stationieren. Vorwürfe gegen Russland schaffen passend dazu eine Atmosphäre von Angst und Misstrauen“, so der Experte.

Nach Darstellung des Norwegischen Nachrichtendienstes starteten am 14. Februar 2018 elf Kampffjets Su-24 von einem Flugplatz in der Region Murmansk, flogen über der Barentssee, simulierten den Angriff auf ein norwegisches Radar in der Nähe der Stadt Vardö und kehrten, ohne die norwegische Staatsgrenze verletzt zu haben, auf ihren Stützpunkt zurück.

In Vardö befindet sich das Radar Globus II. Damit ist die Überwachung russischer ballistischer Raketen möglich. Russland hat mehrmals Bedenken wegen des Standorts des Radars in direkter Nähe zur russischen Grenze geäußert: Die Anlage könne Teil des US-Raketenschildes werden.

Präsident Trump hatte unlängst erklärt, die USA werden aus dem INF-Vertrag mit Russland aussteigen. Präsident Putin sagte daraufhin, Russland werde auf den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag „spiegelbildlich reagieren“. Moskaus Abrüstungsvorschläge seien jedoch nicht vom Tisch, „die Türen stehen offen“. Jedoch sollen Russlands Behörden auf Anweisung des russischen Präsidenten keine Verhandlungen diesbezüglich einleiten. Russland erklärte mehrfach, sich an den INF-Vertrag zu halten.

de.sputniknews.com: **Angst vor Pekings Technologien: China weist „heuchlerischen“ US-Vorwurf zurück**

Peking ist besorgt über die jüngsten Warnungen des US-Außenministers Mike Pompeo vor einem zunehmenden Einfluss Chinas in Ostmitteleuropa. Das erklärte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Hua Chunying am Mittwoch vor Journalisten.

Pompeo hat kürzlich bei seinem Besuch in Budapest den osteuropäischen Staaten, die mit dem chinesischen Unternehmen Huawei zusammenarbeiten, mit Konsequenzen gedroht. Der Einsatz von Technologien des Netzwerkausrüsters könnte sich negativ auf die Kooperation mit Washington auswirken, so der Minister.

Diese Äußerungen seien besorgniserregend, kommentierte Chunying in einer Pressekonferenz. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten habe China keine Neigung dazu, die politischen Sachverhalte in anderen Ländern zu beeinflussen. Die Verhaltensweise der Trump-Regierung sei „extrem heuchlerisch, unfair und unmoralisch“.

Das Ziel Washingtons in Bezug auf China bestehe darin, Druck auf die legitimen Interessen chinesischer Unternehmen auszuüben.

Wie Chunying abschließend hinzufügte, hofft Peking, dass alle Seiten die Grundsätze des freien Wettbewerbs respektieren und die Nichtdiskriminierung im Marktumfeld befürworten mögen.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zu Lage am 13.02.2019**

Das Kommando der ukrainischen bewaffneten Formationen demonstriert offen ein vollständiges Ignorieren seiner Verpflichtungen, die die Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung und den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie betreffen.

Am heutigen Tag, **während einer weiteren Runde der Verhandlungen in Minsk**, die auf eine Regelung des Konflikts auf friedlichem Weg ausgerichtet sind, **haben ukrainische Kämpfer achtmal Ortschaften der Republik** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm **beschossen**.

Auf Befehl der Kommandeure der 79. Luftsturm- und der 57. Panzergrenadierbrigade der Kriegsverbrecher Kuratsch und Mischantschuk hat der Gegner auf **Shabitschewo, Spartak, Leninskoje, Sosnowskoje, Sachanka** und das **Gelände des Donezker Flughafens** 46 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

Wir rufen die OSZE auf, die aggressiven Handlungen der ukrainischen Kämpfer nicht außer Acht zu lassen. Wir bestätigen unsere Unterstützung eines Kurses der friedlichen Regelung des Konflikts, aber die Handlungen der ukrainischen Seite zeugen vom Gegenteil. Frieden kann im Donbass nur errichtet werden, wenn alle Seiten ihre Verpflichtungen in vollem Umfang einhalten.

de.sputniknews.com: **Polen bekommt HIMARS-Raketen aus USA – Vertrag unterzeichnet**

Warschau und Washington haben am Mittwoch den Vertrag für die Lieferung von hochmobilen Raketenartillerie-Systemen HIMARS mit einer Reichweite bis zu 300 Kilometern aus US-amerikanischer Produktion signiert.

Die Unterzeichnungszeremonie fand auf dem Gelände der Ersten Basis der Transportluftflotte in Warschau statt. Daran nahmen der polnische Präsident, Andrzej Duda, der Ministerpräsident, Mateusz Morawiecki, der Verteidigungsminister des Landes, Mariusz Błaszczak, und der US-Vizepräsident, Mike Pence, teil.

Błaszczak zufolge bekommt Warschau die „neueste Waffe HIMARS“, mit der auch die „stärkste Armee der Welt – die US-Armee – ausgerüstet“ sei.

Die mobile operativ-taktische HIMARS-Anlage ist auf einem Radfahrgestell montiert. Jeder Komplex kann mit sechs Raketengeschossen beziehungsweise mit einer operativ-taktischen ballistischen Rakete bestückt werden. Solche Raketensysteme stehen derzeit bei mehreren Armeen von Nato-Ländern in Dienst.

Der Vertrag im Gesamtwert von 414 Millionen US-Dollar sieht den Kauf von 20 HIMARS-Raketen- und Artilleriesystemen samt Munition vor.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32394/86/323948675.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Nato droht Russland mit Antwort bei „möglicher INF-Missachtung“**

Laut dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist die nordatlantische Allianz für den Fall einer Nichteinhaltung der INF-Anforderungen durch Russland in sechs Monaten zu einer Antwort gezwungen.

Stoltenberg zufolge wurden in der Nato „Verstöße bei der Stationierung der neuen Rakete (9M729 – Anm. d. Red.)“ durch Russland registriert und in der Allianz ist bereits damit begonnen worden, die aus der Stationierung der Rakete resultierenden Folgen zu analysieren. „Wir werden auch weiterhin an der besten Lösung arbeiten, die in der Waffenkontrolle liegt, um den INF-Vertrag zu erhalten“, so Stoltenberg.

Zu bestimmten Maßnahmen, die die Allianz ergreifen kann, hat er sich nicht geäußert, da es „verschiedene Optionen und Möglichkeiten“ gebe.

Die Reaktionen der Nato würden nach Angaben von Stoltenberg auf drei Prinzipien basieren: Man werde als eine Einheit auftreten, die nicht unbedingt auf alle Handlungen Moskaus symmetrisch zu reagieren gedenke. Zudem sei als Antwort keine Aufstellung neuer landgestützter nuklearer Waffensysteme geplant.

Der Nato-Generalsekretär verwies auch darauf, dass die Mitglieder der Allianz bereit seien, sowohl im Rahmen des Nato-Russland-Rates als auch bilateral mit Russland zu verhandeln. Ferner äußerte Stoltenberg die Hoffnung, dass die gegenwärtige Situation rund um den INF-Vertrag von den Teilnehmern der Sicherheitskonferenz in München diskutiert werde und fügte hinzu, dass sich die Nato bereits auf einen „Frieden ohne den INF-Vertrag“ vorbereite.

Der Leiter des Ausschusses der russischen Staatsduma für Verteidigung, Wladimir Schamanow, teilte diesbezüglich mit, dass Russland bereit sei, den INF-Vertrag unter neuen Bedingungen abzuschließen, jedoch sei Moskau in der gegenwärtigen Situation gezwungen, seine Souveränität zu verteidigen.

Schamanow betonte ebenfalls, dass die Entwicklung neuer Waffensysteme die Antwort auf Handlungen des Westens gewesen sei.

Washington hatte am 2. Februar in einer Note die Aussetzung des INF-Vertrages verkündet, sich jedoch das Recht vorbehalten, innerhalb eines halben Jahres zu den Bestimmungen des Vertrages zurückzukehren.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor angekündigt, dass Russland seine

Teilnahme am INF-Vertrag aussetze – als Antwort auf das ähnliche Vorgehen der USA. Der Vorwand für den Ausstieg der USA war die russische Rakete 9M729, die angeblich wegen ihrer Reichweite gegen den Vertrag verstoßen habe.

Moskau hatte Beschuldigungen der US-Seite bezüglich dieser Rakete wiederholt als unbegründet zurückgewiesen.

Zudem hatte das russische Verteidigungsministerium ausländischen Militärattachés eine Rakete dieses Typs präsentiert und erläutert, dass deren Reichweite bei Tests höchstens 476 Kilometer betragen habe, während der Vertrag einen Grenzwert von 500 Kilometern vorsehe.

de.sputniknews.com: **US-Senat legt Gesetzentwurf über neue Sanktionen gegen Russland vor**

Demokratische und republikanische US-Senatoren haben am Mittwoch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der neue Sanktionen gegen Russlands Bank- und Energiesektor sowie die russische Staatsverschuldung vorsehen. Dies geht aus einer Mitteilung des Pressendienstes des internationalen Ausschusses des US-Senats hervor.

Anlass für die Sanktionen seien Russlands „Einmischung in die US-Wahl“, „böartiger Einfluss in Syrien“ und „Aggression in der Ukraine“, darunter auch in der Straße von Kertsch. Betroffen von den geplanten Sanktionen würden russische Banken, die die „Bemühungen um die Wahleinmischung“ unterstützen, heißt es in dem Dokument. Die Strafmaßnahmen sind auch gegen Flüssiggas-Projekte außerhalb Russlands und gegen den russischen Cyberbereich gerichtet.

Das Dokument sieht außerdem Sanktionen gegen beliebige Geschäfte mit russischen Staatsanleihen und gegen Personen vor, die „korrupte Tätigkeit“ im Namen des russischen Staates durchführen.

Der neue Gesetzesentwurf sieht auch Strafmaßnahmen gegen „24 FSB-Agenten“ vor, die in den Vorfall in der Straße von Kertsch, bei dem ukrainische Schiffe aufgebracht und deren Besatzung festgenommen wurde, verwickelt sein sollen.